Besucher: 7

Nach Eröffnung der Gemeinderatssitzung durch den Bürgermeister wird übereinstimmend festgestellt, dass die Einladungen und Unterlagen den Gemeinderäten ordnungsgemäß zugestellt wurden. Mit 16 anwesenden Gemeinderäten ist das Gremium beschlussfähig. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zur Bestätigung des Protokolls werden Gemeinderätin Lipeck und Gemeinderat Schatka bestellt.

1. Protokollbestätigung der 25. öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 02.02.2022 und Bekanntgabe der Beschlüsse der 25. nicht öffentlichen Sitzung vom 02.02.2022

Das Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 02.02.2022 wird bestätigt. Beschlüsse aus der 25. nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 02.02.2022 gibt es keine bekannt zu geben.

2. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Herr Zenker gibt einen Rückblick auf die Ereignisse der letzten Wochen. Das waren u.a. am:

- 24.02.2022 der Beginn der Abbrucharbeiten Südstraße,
- 28.02.2022 der LIONS-Club Weinböhl gewinnt Preis beim Ideenwettbewerb „simul+Mitmachfond“ 2021 (ein ausführlicher Artikel dazu erschien bereits in der Ausgabe Nr. 3/2022) und am
- 02.03.2022 die Schlüsselrückgabe des Weinböhlauer Karnevalsverein

Anschließend gibt Bürgermeister Herr Zenker eine Vorschau auf anstehende Veranstaltungen. Das sind u.a. am:

- 20.03.2022 ein Benefizkonzert „Musizieren für die Ukraine“ im Zentralgasthof,
- 22.03.2022 die Eröffnung der Jugendfreizeitfläche an der Sörnewitzer Straße,
- 27.03.2022 das Frühlingsfest der Händler,
- 27.03.2022 der Tag der offenen Tür in der Bibliothek,
- 01.04.2022 die Inbetriebnahme der Radroute Route M,
- 09.04.2022 der Weinböhlauer Frühjahrsputz sowie am
- 30.04.2022 das Mai-Baumstellen.

3. Vorstellung des neuen Weinböhlauer Bürgerpolizisten Herrn Kaschner

Bürgermeister Herr Zenker begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Polizeihauptkommissar Falk Kaschner – unseren neuen Bürgerpolizisten. Herr Kaschner stellt sich den Anwesenden vor und beantwortet die Fragen.

Bürgermeister Herr Zenker bedankt sich bei Herrn Kaschner und freut sich, dass in Weinböhl nun wieder ein Bürgerpolizisten tätig ist.

4. Bericht über die Arbeit in der Bibliothek (Vorstellung durch Frau Schmidt - Leiterin der Bibliothek)

Bürgermeister Herr Zenker begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Schmidt, die Leiterin der Bibliothek und die Mitarbeiterin Frau Kohler-Thomas. Sie geben anhand einer Präsentation einen Einblick in ihre Arbeit, informieren über den Bestand und Entleihungen sowie über Veranstaltungen in der Bibliothek.

5. Ortsentwicklungskonzept (Vorstellung Wüstenrot)

Bürgermeister Herr Zenker begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kirchhefer von Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH. Er präsentierte die Herangehensweise zur Erstellung eines Ortsentwicklungskonzeptes für Weinböhla an Hand einer Präsentation. Im Anschluss stellten die anwesenden Gemeinderäte ihre Fragen.

6. Beschluss der Haushaltssatzung 2022

Vorlage: 0446/2022

Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde gem. § 76 der SächsGemO vom 31.01.2022 bis einschließlich 10.02.2022 öffentlich im Rathaus ausgelegt. Auf die Auslegung wurde in ortsüblicher Bekanntmachung verwiesen. Einwohner und Abgabepflichtige konnten ab dem Tag der Auslegung bis einschließlich 22.02.2022 Einwendungen gegen den Entwurf erheben. Über die fristgemäß erhobenen Einwendungen hat der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu beschließen. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 wurde im Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 08.03.2022 vorberaten. Der Beschluss der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2022 hat durch den Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu erfolgen.

Kämmerer Herr Schindler informiert die Anwesenden, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2022 erhoben wurden. Danach benennt Herr Schindler in einer Power-Point-Präsentation die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2022. Der Haushaltsausgleich kann wie dargestellt im gesamten Planungszeitraum durch Entnahmen aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses hergestellt werden. Herr Schindler erläutert danach die Entwicklung der Rücklagen, des Basiskapitals und des Zahlungsmittelbestandes. Der Haushaltsentwurf beinhaltet das gesamte Leistungsspektrum der Gemeinde Weinböhla sowie zahlreiche Investitionen. Die Finanzierung der geplanten Investitionen erfolgt aus den vorhandenen liquiden Mitteln und investiven Zuwendungen. Anschließend werden die für 2022 geplanten Investitionsfördermaßnahmen, der geplante Grunderwerb, die wichtigsten Anschaffungen und die wesentlichsten Baumaßnahmen benannt und erläutert. Abschließend wird die Verschuldung der Gemeinde Weinböhla dargestellt. In der anschließenden Diskussion findet der Haushalt 2022 Zustimmung.

Beschlussfassung:

**Haushaltssatzung der Gemeinde Weinböhla
für das Haushaltsjahr 2022**

Aufgrund von § 74 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils geltenden Fassung hat der Gemeinderat in der Sitzung am 16.03.2022 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie

eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im **Ergebnishaushalt** mit dem

- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	17.236.300 EUR
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	17.723.900 EUR
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	- 487.600 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 EUR
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0 EUR
- Gesamtergebnis auf	- 487.600 EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0 EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0 EUR
- veranschlagtes Gesamtergebnis auf	- 487.600 EUR

im **Finanzhaushalt** mit dem

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	16.072.100 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	15.182.900 EUR
- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	889.200 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.091.300 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.733.400 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	- 3.642.100 EUR

- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittel- überschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeiträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	- 2.752.900 EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	84.500 EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-84.500 EUR
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	- 3.996.400 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf festgesetzt.	0 EUR
---	-------

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf festgesetzt.	717.000 EUR
---	-------------

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf festgesetzt.	1.800.000 EUR
---	---------------

§ 5

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:	
für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	310 Prozent
für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	420 Prozent
Gewerbsteuer auf	375 Prozent

Weinböhl, den
Zenker
Bürgermeister
Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,

2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	16
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	141/26/2022

7. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 88 b SächsGemO für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 0447/2022

Entsprechend § 88 b Sächsische Gemeindeordnung in der geltenden Fassung kann die Gemeinde einen Gesamtabschluss aufstellen. Verzichtet sie hierauf, ist dies der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Bei einem Gesamtabschluss sind mit dem Jahresabschluss der Gemeinde die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Organisationseinheiten und Vermögensmassen, die mit der Gemeinde eine Rechtseinheit bilden, der Unternehmen nach § 96 SächsGemO, an denen die Gemeinde eine Beteiligung hält, und der Zweckverbände und Verwaltungsverbände zu konsolidieren. Gemäß den Regelungen der VwV Kommunale Haushaltswirtschaft Buchstabe A Ziffer XIV Nr. 3.a ist es der Gemeinde freigestellt, auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses zu verzichten. Für den Verzicht ist ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich. Der in § 88 b SächsGemO geregelte Gesamtabschluss wäre zusätzlich zum Jahresabschluss der Gemeinde Weinböhla aufzustellen.

Im Jahresabschluss der Gemeinde werden auf der Aktivseite unter der Position 1.d Finanzanlagevermögen die Beteiligungen an Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen und das in Sondervermögen eingebrachte Kapital sowie Kapitaleinlagen in Zweckverbänden und anderen kommunalen Zusammen-schlüssen dargestellt. Die finanziellen Auswirkungen dieser Finanzbeteiligungen sind Gegenstand der jeweiligen Jahresabschlüsse und in diesen ergebniswirksam berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt weiterhin jährlich die Vorlage eines Beteiligungsberichtes. Der Beteiligungsbericht informiert in einer zusammengefassten Form über die Eigenbetriebe und Zweckverbände sowie die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde Weinböhla unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Bericht beinhaltet neben Übersichten über die Beteiligungen und die damit verbundenen Finanzbeziehungen insbesondere die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, den Unternehmensgegenstand, die Beteiligungsverhältnisse, die Geschäftsverläufe und die zu erwartende Entwicklung, die Gewinnabführung und die Verlustabdeckung und die

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften.

Der Jahresabschluss und der Berichtsbericht vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage im Hinblick auf die Finanzbeteiligungen der Gemeinde Weinböhla. Durch diese werden zudem etwaige Risiken aus den kommunalen Beteiligungen erkennbar und Effekte der Beteiligungen für die gemeindliche Haushaltswirtschaft transparent. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses gem. § 88 b SächsGemO zu verzichten.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2022 gemäß § 88 b SächsGemO zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19
Anwesende des Gremiums: 16
Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: keine
Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 142/26/2022

8. Erwerb der Flurstücke 1568, 1569 und 1636/7 der Gemarkung Weinböhla

Vorlage: 0444/2022

Frau Johanne Thomas ist Eigentümerin der Flurstücke 1568 (14.360 m²), 1569 (5.120 m²) und 1636/7 (3.891 m²) mit einer Fläche von 23.371 m². Die Flurstücke sind unbebaut und in einem ungepflegten Zustand. Auf den Flurstücken befinden sich großflächige Biotope.

Im Zuge der Entwicklung im Bereich Friedenstraße/ Köhlerstraße / Gutenbergstraße ist die Gestaltung und Nutzung von Flächen als kommunaler Bürgerpark geplant. Deshalb ist die Gemeinde Weinböhla an Frau Thomas herangetreten, um eine Teilfläche des Flurstücks 1568 zu erwerben. Im Ergebnis der durch Herrn Bürgermeister Zenker geführten Verkaufsverhandlungen ist Frau Thomas nur bereit das gesamte Flurstück 1568 zusammen mit den Flurstücken 1569 und 1636/7 zum Quadratmeterpreis von 5,00 EUR, was einem Gesamtpreis von 116.855,00 EUR entspricht, an die Gemeinde Weinböhla zu veräußern.

Im aktuellen Flächennutzungsplan sind die Flurstücke 1568, 1569 und 1636/7 als Flächen für die Landwirtschaft und Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzgesetzes (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4 BauGB) ausgewiesen.

Die zu erwerbenden Flächen sind im beiliegenden Lageplan ersichtlich.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt den Erwerb der Flurstücke 1568 (14.360 m²), 1569 (5.120 m²) und 1636/7 (3.891 m²) mit einer Gesamtfläche von 23.371 m² von Frau Johanne Thomas zum Preis von 116.855,00 EUR.

Die Kosten des Kaufvertrages und seines Vollzugs sowie die Grunderwerbsteuer trägt die Gemeinde Weinböhla.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19
Anwesende des Gremiums: 16

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	143/26/2022

**9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 06/2018 "Nahversorgung Moritzburger Straße"
Hier: geänderter Entwurf, Entwurfsbilligungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 0462/2022**

Um den im Rahmen der Entwurfsbeteiligung geäußerten und nachfolgend insbesondere mit der Genehmigungsbehörde und der Landesdirektion nochmals erörterten Bedenken hinsichtlich der Verkaufsflächen insgesamt Rechnung zu tragen, wurde der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wie folgt geändert:

- Festsetzung eines Gebietes ‚Nahversorgung‘ (bisher Sondergebiet ‚kleinflächiger Einzelhandel)
- Reduzierung der insgesamt zulässigen Verkaufsfläche auf 1.840 m² (bisher 2.100 m²)
- Begrenzung der zulässigen Fachgeschäfte primär auf nahversorgungsrelevante Sortimente
- Reduzierung der Verkaufsfläche für die zulässigen Fachgeschäfte auf spezifische Vorgaben im Bereich von 50 m² bis 190 m² (bisher jeweils 260 m²)

Nach dem Billigungs- und Auslegungsbeschluss des Gemeinderates erfolgt gemäß § 4a Abs. 3 BauGB eine erneute öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung zu dem geänderten Entwurf. Dabei soll bestimmt werden, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten Festsetzungen abgegeben werden können. Neben der Öffentlichkeit sollen nur die von der Änderung berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden beteiligt werden.

Frau Krah vom Planungsbüro HAMANN und KRAH PartG mbH erläutert den Anwesenden den Sachverhalt ausführlich.

Beschlussfassung:

1. Der geänderte Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 06/2018 ‚Nahversorgung Moritzburger Straße‘ in der Fassung vom 04.02.2022, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B), dem Vorhaben- und Erschließungsplan, dem Erschließungsplan Ver- und Entsorgung, dem Erschließungsplan Regenwasserentsorgung sowie der zugehörigen Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren nach § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB, nach § 4 Abs. 2 BauGB und nach § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Dabei wird gemäß § 4a Abs. 3 BauGB bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können und die Beteiligung auf die von der Änderung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt wird. Außerdem wird die Dauer der erneuten öffentlichen Auslegung angemessen verkürzt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4a Abs. 4 BauGB bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	16
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	144/26/2022

10. Nachbesetzung Vorsitzender und Stellvertreter Gemeindevwahlausschuss

Vorlage: 0450/2022

Gemäß § 9 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 2018 (SächsGVBl. S. 298), zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert, ist es für die kommende Bürgermeisterwahl am 12. Juni 2022 notwendig, einen Gemeindevwahlausschuss einzurichten. Dieser wurde in der Gemeinderatssitzung am 02.02.2022 gewählt.

Durch Ausscheiden der bisherigen Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses, ist die Funktion des Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses sowie seines Stellvertreters neu zu wählen. Die Verwaltung schlägt dafür folgende Neubesetzung vor:

Vorsitzende: Frau Tina Freytag
Stellv. Vorsitzende: Frau Manja Scale

Die Gemeinderäte stimmen einstimmig einer offenen Wahl zu.

Beschlussfassung:

Gemäß § 9 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz (KomWG) wählt der Gemeinderat Frau Tina Freytag als Vorsitzende und Frau Manja Scale als stellvertretende Vorsitzende in den Gemeindevwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl am 12.06.2022.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	16
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	145/26/2022

11. Leistungsvergabe - Auswechslung der Trinkwasserleitung in der Sachsenstraße von Haus Nr. 47 bis Sachsenplatz

Vorlage: 0449/2022

Im Bereich Sachsenstraße von Nr. 47 bis zum Sachsenplatz befindet sich eine veraltete Trinkwasserleitung, welche auszuwechseln ist. Diesbezüglich wurde durch das beauftragte Ingenieurbüro MoCon Ingenieure GmbH eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Die Submission fand am 15.02.2022 statt.

Es lagen 4 Angebote vor. Die Auswertung der Angebote ergab, dass das wirtschaftlichste Angebot von der WeBer Bau GmbH, Eichenallee 17, 01558 Großenhain unterbreitet wurde. Die Angebotssumme der Weber Bau GmbH beträgt 203.956,12 €. Die geforderten Eignungsnachweise wurden vorgelegt.

Die Maßnahme ist im Wirtschaftsplan 2022 eingestellt. Die Kostenberechnung der MoCon Ingenieure GmbH beträgt brutto 210.084,98 €.

Beschlussfassung:

Die Auswechslung der Trinkwasserversorgungsleitung in der Sachsenstraße von Nr. 47 bis Sachsenplatz wird nach Angebotsprüfung durch das Ingenieurbüro MoCon Ingenieure GmbH auf der Grundlage des Vergabevorschlages vom 18.02.2022 an die WeBer Bau GmbH, Eichenallee 17, 01558 Großenhain zu einem Preis von brutto 203.956,12 € vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	16
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	146/26/2022

12. Anfragen und Information

Die Anfrage von Gemeinderätin Meyer-Overheu zu bestehenden Wegerechten der Gemeinde Weinböhla beantwortet Bauamtsleiter Herr Krzikalla wie folgt:

Durch Änderung des Sächsischen Straßengesetzes sind bis spätestens 31.12.22 alle Straßen und Wege, die bereits im Februar 1993 öffentlich waren, in das Straßenbestandsverzeichnis der Gemeinde zu überführen, d.h. die „Dringlichkeit“ ergibt sich lediglich für die Straßen und Wege, die noch nicht öffentlich gewidmet sind und sich im privaten Eigentum befinden.

Daher werden zum 01.01.23 nicht zwangsläufig alle die Wege, die nicht im Bestandsverzeichnis erfasst sind, der Öffentlichkeit entzogen, sondern dann bedarf es nur der ausdrücklichen Zustimmung des Eigentümers. Durch die Unterstützung von Frau Moor (Studentin der Verwaltungsfachhochschule Meißen) konnten bereits die ausgewiesenen Reit- und Wanderwege geprüft werden. Wir arbeiten außerdem eng mit der IG-Ortslehrpfad zusammen, mit deren Unterstützung eine Bewertung der Bedeutsamkeit der Wege erfolgt.

Gemeinderätin Meyer-Overheu bedankt sich und erklärt, dass die Erhaltung dieser Wege und Wegebeziehungen für Weinböhla wichtig sind.

Aufgrund der Aktualität wird der nachfolgende Antrag der AfD-Fraktion in diesem Tagesordnungspunkt behandelt.

„Der Gemeinderat möge beschließen:

An beiden Fahnenmasten vor dem Rathaus werden die Fahnen der beiden Staaten Ukraine und Russland gehisst.

Begründung:

Der derzeit stattfindende Krieg zwischen den Staaten Ukraine und Russland bringt Leid über viele Menschen und stellt eine große Gefahr für Europa und die Welt dar. Besser ist es immer, miteinander zu sprechen und zu verhandeln. Erreicht werden muss schnellstmöglich eine Deeskalation und verbales Abrüsten auf allen Seiten.

Sorgenvoll betrachten wir ebenfalls die zunehmenden Angriffe auf russische Menschen und deren Ausgrenzung in Deutschland. Das Hissen der Fahnen beider Staaten soll, auch vor dem Hintergrund Deutschlands, ein Zeichen für Frieden und Diplomatie sein.

Darüberhinausgehender Vorschlag:

Um mehr Menschen und vor allem Kinder und Jugendliche unseres Ortes mit in das Anliegen einzubeziehen, würden wir uns eine Aktion unserer Schulen wünschen. Es könnten Friedenstauben als Symbol der Völkerverständigung angefertigt werden, die in den Rathausfenstern und an den Fahnenmasten angebracht werden.“

Bürgermeister Herr Zenker erklärt, mit Verweis auf B., III., Nr. 3 VwV Beflaggung, dass ausländische Fahnen und Flaggen anderer Hoheitsgebiete grundsätzlich nur auf Anordnung der Staatskanzlei zu setzen sind. Ein außenpolitisches Statement durch Beflaggung ist nach Prüfung durch das Rechts- und Kommunalamtes des Landkreises Meißen nicht möglich, da es keine „Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft“ darstellt und mithin einer Befassung im Gemeinderat entzogen ist (fehlende Befassungskompetenz).

Unabhängig von der Zulässigkeit der Beflagung als solcher, kommt also auch eine Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung aus formalen Gründen nicht in Betracht. Zwar ist gemäß § 36 Abs. 5 SächsGemO auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Gemeinderäte oder einer Fraktion ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderats zu setzen. Durch einen Verweis auf § 36 Abs. 3 Satz 5 SächsGemO ist jedoch klargestellt, dass der Verhandlungsgegenstand in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen muss.

Der Antrag ist mithin vom Rechts- und Kommunalamt als unzulässig eingestuft worden.

Bürgermeister Herr Zenker informiert, dass am 24.03.2022 die Oberschule einen Spendenlauf der Schüler- und Lehrerschaft organisiert hat. Der Förderverein der Oberschule wird die Spendensumme der „Aktion Deutschland hilft – Nothilfe Ukraine“ übergeben.

Gemeinderat Overheu drückt sein Unverständnis über die Gesetzgebung aus. Er möchte, dass der Gemeinderat und der Bürgermeister ein Zeichen setzen und über den Antrag abstimmen; auch im Hinblick als gewählter Vertreter der Weinböhlaer zu agieren.

Bürgermeister Herr Zenker erklärt, dass der Antrag nicht zulässig ist und somit auch keine Abstimmung über den Antrag erfolgen kann.

Gemeinderätin Meyer-Overheu fragt, ob eine Ersatzpflanzung für den gefälltten Baum auf dem Platz hinter der Apotheke geplant ist. Der Stumpf bleibt stehen; eine Ersatzpflanzung ist angedacht.

Gemeinderat Stendal kritisiert die Verunreinigung der Straße „Am Vogel“ durch die Baustellenfahrzeuge.

Bürgermeister Herr Zenker gibt bekannt, dass Frau Dr. Keul die Praxis vom Kinderarzt Dr. Heinze übernimmt. Sie wird auf der Hauptstraße 9 praktizieren.

Des Weiteren informiert er, dass am 20.03.2022 im Zentralgasthof ein Benefizkonzert stattfindet. Die Einnahmen werden für die „Nothilfe Ukraine“ gespendet.

13. Bürgerfragestunde

Herr Kujus fragt zum Erwerb der Flurstücke für den Bürgerpark im Tagesordnungspunkt 8, wie groß dieser werden wird. Dieser wird insgesamt ha umfassen; in der heutigen Sitzung wurde der Beschluss über den Erwerb von 2,3 ha gefasst. Dies sind großflächige ungepflegte Flächen.

Des Weiteren möchte Herr Kujus Auskunft über die Beschaffenheit der Waldgrundstücke. Kämmerer Herr Schindler erklärt, dass für die Verkehrssicherungspflicht die Grundstückseigentümer zuständig sind. Die Gemeinde Weinböhla besitzt 5,8 ha Waldflächen, welche sich bis auf 0,4 ha in guten Zustand befinden.

Bürgermeister

Funk
Protokollabfassung

Gemeinderat